

Schöne Neue Welt

Soziale Ungleichheit

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist.

Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

Plan A

Rolle: Ellen Ehmke, Wissenschaftlerin am Institut für sozialen Wandel, Berlin

Wo stehen wir mit Blick auf soziale Ungleichheit im Jahr 2048?

Drei zentrale Befunde:

- 1) Gleichere Verteilung von Einkommen & Vermögen

Ungleichheit der Einkommen ist in Deutschland ebenso wie in zahlreichen europäischen Nachbarländern und darüber hinaus deutlich gesunken.

Noch stärker zurückgegangen: Ungleichheit der Vermögen.

Die oberste Grafik zeigt die Vermögensentwicklung – während der Anteil des reichsten 1 Prozent stark zurückgegangen ist, ist der Anteil der ärmeren 50 Prozent am Gesamtvermögen in der Zeit zwischen 2018 und 2048 stark gestiegen.

Die zweite Grafik zeigt den Anteil am Einkommenszuwachs pro Anteil der Bevölkerung. Ganz links sind die ärmsten Anteile der Bevölkerung ganz rechts die reichsten. Während in den Jahren 1980 bis 2008 die Verteilung der Einkommenszuwächse als Elefant dargestellt werden konnte, sieht die Periode 2018 bis 2048 aus wie eine Schlange, oder ein Fluss. Im Gegensatz zu der früheren Periode hatten die Ärmere einen sehr viel höheren Anteil an den Einkommenszuwächsen und vor allem, haben die Reichsten nicht länger überproportional profitiert.

2) Rückgang globaler sozio-ökologischer Ungleichheit

Die dritte Grafik beschäftigt sich mit einer entscheidenden Größe der sozio-ökologischen Ungleichheit: dem Verbrauch von CO₂ pro Person. Während in der Vergangenheit die global Reichsten sehr viel mehr CO₂ ausstießen, konnte deren absoluter Verbrauch stark gesenkt werden. Auch der Verbrauch der Ärmeren ging zurück, aber nicht so stark, was auf Grund deren geringen Verbrauchs auch nicht nötig war.

3) Wirtschaftsdemokratie und Arbeitszeitverkürzung

Die 5x5 Arbeitswoche ist die Regel (5 Tage, 5 Stunden).
Mitarbeitergeführte gemeinwohlorientierte Unternehmen sind Standard.
Steueraufkommen ist hinreichend für die Aufgaben des Staates dank:

- Steuern auf Finanztransaktionen
- auf Erbschaften und Vermögen
- auf nicht erneuerbare Ressourcen
- auf den Einsatz von Automatisierung statt menschlicher Arbeitskraft (Robotersteuer)
- auf Datennutzung (Digitalsteuer)

Was hat die Entwicklung hin zur Reduktion von Ungleichheit ermöglicht?

In meiner Forschung beschäftige ich mich mit den Ursachen für diese Entwicklung, die im Jahr 2018 nicht absehbar war – jedoch auch nicht unmöglich, denn das Jahr 2048 trug einen Keim dieses Trends schon in sich. Die Entwicklungen waren nicht alle linear, auch wenn es in der Kürze der Zeit meines Vortrags rückblickend so erscheinen mag. Es ist immer der Vorteil der Zukunft, wissend auf die Vergangenheit zurückblicken zu können, während für die Gegenwart, die Zukunft immer offen ist.

Vielleicht kurz zum Jahr 2018: Geprägt von multiplen Krisen ökologischer, sozialer, politischer Art, alle aufs engste verknüpft sind mit der herrschenden ökonomischen Produktionsweise des Kapitalismus, welcher massive Ungleichheit der Einkommen, der Vermögen und letztlich der Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde hervorbrachte. Viele Bürger sehen den Schlund auf den die Erde kollektiv zusteuert, und schauen suchend zur Politik der Regierungen. Dort tut sich (fast) nichts, was zu Protest, Abwenden und Verdrossenheit vieler führt.

Ich möchte drei entscheidende Entwicklungen und Phasen hervorheben, die so dann in Bewegung gesetzt wurden:

1. Akt Initialzündung kommunale Experimente

- Wandel kommt nicht aus Staaten sondern Städten
Im Kleinen entwickelt sich der Widerstand gegen das Große ideenlose, lähmende, angepasste, Fatalistische.
- In den Städten – allen voran Barcelona, gefolgt von Kopenhagen, Amsterdam, Berlin, Tiflis – im Volksmund europäischer Stern – bilden sich neue Formen kommunaler und regionaler Räte-Demokratien heraus.
- Revitalisierung der kommunalen und städtischen Politik – aus den Stadtvierteln hervorgehend
 - ➔ Prozedural: Neue Formen der Beteiligung in denen Demokratie sinnstiftend und erfahrbar ist
 - ➔ Entscheidungen: Vertreibung des Plattformkapitalismus aus den Städten: Airbnb, Uber & Re-Vergemeinschaftung städtischer Infrastruktur in Form von Wohnungs-Genossenschaften, kommunalen Stadtwerken für Energie.

Hier gelingt im Kleinen was im Großen nicht möglich schien.

- ➔ Erfahrung der Selbstwirksamkeit im demokratischen Miteinander
- ➔ Gemeinwohlorientierung, Re-Demokratisierung der Wirtschaft
- ➔ Verknüpfung sozialer, ökologischer Ziele mit demokratischen Prozessen

2. Akt Vom Kleinen ins Große

A) Weitere progressive Städte, auch kleinere Kommunen auf dem Land schließen sich an und nutzen bestehende Freiräume (Vorbilder).

- ÖPNV, Breitband, Mobilfunknetze und bilden genossenschaftliche Plattformen
- Punkte demokratischer Beteiligung und Selbstermächtigung werden zu einem Teppich
- Die Möglichkeiten kommunaler Selbstverwaltung bleiben zugleich begrenzt:
 - Probleme wie Steuereinnahmen und Finanzpolitik lassen sich nicht lösen,
 - auch andere Rahmenbedingungen erweisen sich zunehmend als Problem für die „progressive Allianz“ der Städte.
 - einsetzende Massenarbeitslosigkeit durch zunehmende Automatisierung

B) Großdemonstration – 30 Millionen Menschen gehen europaweit in 52 Städten auf die Straße (Bewegungsbildung) – „We are the change we’ve been waiting for“ und #thisisourwealth.

- Forderung nach Mitbestimmung, gerechter Sozial- und Finanzpolitik, Einhegung der Ökonomie an die nationale Ebene
- Digitalkonzerne zerschlagen und radikale Arbeitszeitverkürzung
 - Andere Beteiligungsformen in der Wirtschaft
 - Mehr Zeit für Mitbestimmung über ihr Leben

C) Reaktionen von Parteien und Regierungen?

- Einige Parteien nehmen die Ideen der Bewegungen aus den Städten auf, wo dies ausbleibt gründen sich neue Parteien. Andere Parteien bleiben bei ihren Ansätzen.
- Die Wahlen in Europa gewinnen die ersten beiden Gruppen von Parteien, dort wo sie nicht gewinnen sind sie so stark, dass in der Gesamtheit (über Checks and Balances) keine Politik mehr gegen sie gemacht werden kann.

➔ Erfolgreiche Experimente entwickeln Strahlkraft, zeigen, dass eine andere Welt im hier und jetzt möglich ist.

➔ Zeit für Mitbestimmung und neue Beteiligungsformen stärken sich gegenseitig.

3. Akt Die großen Infrastrukturen ändern

- Europäischer „Great New Deal“ – demokratisch, ökologisch und sozial
 - ➔ Stadt wird zum Vorbild für das Große: bürgernah, sozial und ökologisch gerecht.
 - ➔ Staaten sehen sich durch Proteste und die Repolitisierung des Politischen gezwungen, dem Beispiel der Städte zu folgen.
 - ➔ Beweis, dass Handeln möglich ist, wurde erbracht. An die nationale, europäische und globale Ebene wird der Anspruch gestellt, globale Probleme zu lösen, das heißt vor allem die ökologische Frage in Verbindung mit der sozialen und ökonomischen Frage zu lösen. Nach airbnb muss es um Amazon gehen.

- Repolitisierung aller Entscheidungsebenen nach dem Prinzip der Subsidiarität. Wahlrechtsreform mit *Einführung direktdemokratischer Anteile und sowie Stärkung kommunaler Räte.*
- Ökologisch: Seit 2022 kommt es europaweit mehrfach zu großen Überschwemmungskatastrophen, vor dieser Voraussetzung schaffen es die neuen Parteien eine Steuer einzuführen auf nicht erneuerbare Ressourcen. –
- Exponentielle Besteuerung des CO₂-Ausstoßes und der Nutzung natürlicher Ressourcen für Unternehmen und Privatpersonen.
- Um die Zustimmung der extraktivsten Industrien zu sichern, werden zeitgleich auch andere Wirtschaftszweige mit neuen Steuern belegt, die neben den Einnahmen eine gesellschaftspolitische Wirkung entfalten sollen:
 - ➔ Finanztransaktionen
 - ➔ Robotersteuer (Einsatz von Automatisierung statt menschlicher Arbeitskraft)
 - ➔ Datennutzungssteuer / Digitalsteuer
 - ➔ Hohe Erbschaftssteuern und Vermögensbesteuerung

Die Angst vor dem Übergang wird Menschen genommen durch im Kleinen erprobte Konzepte.

- Finanziert werden öffentliche, soziale Infrastrukturen, der Umstieg auf kollektive Verkehrsinfrastruktur (statt individueller Mobilität), Renaturierung, Rückbau von Flächenfraß, klimafreundliche Städte, Wiederbelebung von Dörfern durch Investitionen in soziale und ökonomische Infrastruktur – sowie ggf. Absicherung eines ausreichenden Einkommens bei radikaler Arbeitszeitverkürzung.
- Einnahmen fließen auch in den globalen Süden, zum Erhalt intakter Natur, Verwirklichung von Menschenrechten und Befriedigung von Bedürfnissen, Realisierung von Leben in Sicherheit, Selbstbestimmung und Würde für alle.
 - ➔ Zeit für Mitbestimmung und neue Beteiligungsformen stärken sich gegenseitig.
 - ➔ Die Parteien / Bewegungen haben bereits gezeigt, dass sie das durchsetzen können, Vertrauen gestärkt.
 - ➔ Ideen die der Größe des Problems angemessen sind und es angehen liegen vor.

Erklärungsansätze in drei Schlaglichtern

I. Katastrophen

- Gegen Erderwärmung wurde furchtbar wenig getan, obwohl schon seit den 1970ern Vieles bekannt war, was hätte getan werden können und müssen, allem voran die absolute Reduktion des CO₂ Ausstoßes.
- Was es verhindert hat, war eine (imperiale) Lebensweise in der jeder durch Alltagshandeln und Infrastrukturen eingebunden war in eine natürliche und menschliche Ressourcen verschlingende kapitalistische Profitlogik.
- Wenig getan wurde, so lange vor allem die Staaten und Menschen der Südhalbkugel besonders betroffen waren von Ausbeutung und den schlimmsten Folgen.
- Vielzahl / Ausmaß von Umweltkatastrophen führt ab 2025 letztlich in breiten Kreisen zur Anerkennung der Notwendigkeit eines Politikwechsels, Parteien und Wähler fast des gesamten Spektrums erkennen, dass es keine nationalen Insellösungen der Wohlstandswahrung geben wird und handeln gemeinsam und solidarisch, was u.a. zur Einführung der CO₂ Steuer führt.

II. Kulturelle Normen und Denkweisen

- Im Jahr 2020 kommt der Blockbuster „Crazy Rich Africans“ ins Kino (Nachfolger von Crazy Rich Asians aus 2018).
- Statt stillem Begehren nach extremem Reichtum und individuell zum Scheitern verurteilten Versuchen ebenfalls vom Tellerwäscher zum Millionär zu werden, kommt es zu Straßenprotesten in ganz Afrika.
- Weltweit findet die Bewegung, die sich unter dem #thisisourwealth formiert, große Beachtung und inspiriert Nachahmer in sozialen Bewegungen in zahlreichen Ländern #wearethechange – und man könnte ergänzen we've been waiting for.
- Die Verknüpfung von finanziellem Reichtum und Ansehen wird durchbrochen. Extremer Reichtum wird zunehmend als Ergebnis unfairer Strukturen, Privilegien, Glück und Ausbeutung – nicht individueller Leistung angesehen.
- Gegenentwurf: Anerkennung jedes Menschen als gleich mit unterschiedlichen Fähigkeiten, mit denen zum Gesamtgesellschaftlichen Wohlstand beigetragen werden kann.
- Kommt vereinzelt zu Angriffen und Plünderungen, im Großen und Ganzen bleibt die Bewegung jedoch friedlich, da ihre zentralen Anliegen von maßgeblichen politischen Kräften aufgegriffen und zügig in Angriff genommen werden.
- Parallel: Extremer Wertverlust setzt ein für bestimmte Statussymbole wie private Superyachten, und – Jets, kaum genutzte Villen – u. a. wegen des hohen CO₂ Ausstoßes verpönt.

III. Experimente und Erfahrungen

- Der beschriebene Wandel kann und musste aufbauen auf Erfahrungen, auf Lernen aus der Geschichte, aus Experimenten, die bereits im Jahr 2018 zum Teil bereits stattfanden.
- Die schrittweise Vergemeinschaftung von Land, Häusern, digitaler und ökonomisch- industrieller Infrastruktur baut auf Erfahrungen v. a. zur Überführung von Wohnraum in Genossenschaften (zahlreiche Experimente seit Mitte der 2010er in zahlreichen Städten).
- Für Unternehmen gibt es verschiedene Beispiele, wie sie statt am individuellen Profit am Gewinn gesamtgesellschaftlichen Wohlstands ausgerichtet werden können – solidarische Landwirtschaft, Gemeinwohlökonomie, Produktionsgenossenschaften.
- So werden nun auch hohe Betriebsvermögen so hoch besteuert, dass diese teils nicht mehr vollständig in der Hand der Erben der vormaligen Eigentümer bleiben können. Statt diese zu veräußern, werden Belegschaften aktiv – durch Kapital und Know-How – darin unterstützt die Betriebe als Genossenschaften fortzuführen.
- Diese Unternehmen sind wirtschaftlich erfolgreich – das heißt aus heutiger Sicht sie sind erfolgreich darin, unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte soziale Bedürfnisse zu befriedigen.
- Zugleich ermöglichen diese Wirtschaftsmodelle die Ausweitung demokratischer Prinzipien auf den zentralen Lebensbereich ökonomischer Tätigkeit. Die Erfahrung wirksamer Mitbestimmung stützt die demokratischen Strukturen in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Was war die Rolle von Zivilgesellschaft und sozialen Bewegung im Wandel?

- Sie haben konkrete Ideen für die Politik der Zukunft entwickelt.
- Sie waren bereit zu handeln, wenn sich Möglichkeiten eröffneten (Krisen), oder versuchten, selbst zur Destabilisierung / Diskreditierung von problematischen Institutionen beizutragen.
- Sie haben vielversprechende Experimente für eine solidarische Lebensweise unterstützt, und so die Erprobung politischer Ideen für die Zukunft in der Gegenwart ermöglicht.
- Sie haben Räume geschaffen, in denen Werte wie *Solidarität, Vertrauen, Anerkennung, Wirksamkeit* über den eigenen Tellerrand hinweg gelebt und erfahren werden, damit Menschen auf diesen Erfahrungen aufbauend handeln konnten.

- Sie haben zentrale, gemeinsame Ansatzpunkte für den Wandel identifiziert und an diesen in Bündnissen gearbeitet und dafür die eigene Agenda auch mal hintenangestellt. Es ist ihnen gelungen, trotz teils kurzfristiger Finanzierungen, langfristiges Denken über strukturelle Ursachen und Gegenstrategien zu praktizieren.
- Es ist ihnen gelungen, weniger zu den bereits Überzeugten zu sprechen und mehr die Unentschiedenen zu adressieren und so breite Koalitionen zur institutionellen Absicherung des Wandels zu schmieden.
- Es ist gelungen, die soziale, ökologische, ökonomische und demokratische Frage zusammendenken, trotz der Herausforderungen, und inhärenter Ziel- und Interessenkonflikte.

Plan B

Rolle: Hans Thie, Wirtschaftsreferent der Linksfraktion im Bundestag und Publizist

Fern der Macht und frei von strategischem Kalkül – weshalb wir versagten in veränderungsreifer Zeit.

ZUSTAND 2048

Überall gibt es Inseln der Humanität und tolle Projekte. Auch im Großen ist manches gelungen. Die Energieversorgung ist ökologisch geworden. Die Herrschenden haben eingesehen, dass Wind und Sonne billiger sind als Öl und Kohle.

Die Energiewende kam, aber viel zu spät. Die 2-Grad-Schwelle haben wir längst überschritten. Aktueller Stand: 2,3 Grad plus gegenüber dem vorindustriellen Niveau. Die Lasten der Anpassung sind enorm und verschlingen noch mehr Ressourcen als befürchtet.

Schlimmer als die ökonomischen Schäden sind die moralischen. Dass man sich irgendwie retten muss, ist zur selbstverständlichen Maxime geworden – im Norden und im Süden. Entsprechend schwach ist die Bereitschaft zur internationalen Solidarität. Dass nationale Interessen am wichtigsten sind, sagen mittlerweile fast alle – nicht nur die Rechten.

Afrika ist im Chaos. Nur dort, wo China die Fäden in der Hand hat, herrschen halbwegs friedliche Zustände.

Die USA haben sich von der langen Ära ihrer Interventionen verabschiedet. Die Amerikaner sind noch esoterischer geworden. Aber zum Glück lassen sie ihre Bomben zu Hause.

China hat sich durch seine Planungspower, seine ungeheure Lernfähigkeit und seine Opferbereitschaft zu einem Hort der Stabilität entwickelt.

Russland ist zugleich großer Verlierer und großer Gewinner des Klimawandels. Die Export-Einnahmen aus Öl und Gas sind nahe null, aber die landwirtschaftlich nutzbare Fläche Russlands hat sich verdoppelt.

Europa ist an allen Fronten in der Defensive – ökonomisch, demografisch und politisch. Deshalb haben die Bürgerinnen und Bürger harte Einschnitte akzeptiert. Die durchschnittlichen Reallöhne sind auf dem Stand von 2021 – also 27 Jahre Stagnation. Soziale Sicherung ist auf ein Mindestmaß beschränkt. Was 2018 normal schien, ist heute nur bei privater Sicherung möglich. Solidarität ist zu einem reinen Gruppenphänomen verkommen. Wo man sich kennt, wird geholfen. Aber viel mehr ist nicht drin.

Hier und da gab es halblinke Regierungen, die aber an den harten Machtstrukturen scheiterten. Die Wahlbeteiligung liegt mittlerweile weit unter 50 Prozent. Die Reichen und die oberen Mittelklassen bestimmen die Politik nahezu allein.

Die soziale Ungleichheit ist weltweit deutlich größer als vor 30 Jahren. Nur in den ärmsten Ländern ist sie viel geringer, weil die Mobilen und die Gebildeten der Misere entflohen sind.

Vor diesem traurigen Hintergrund müssen wir, die vormalige Avantgarde planetarischer Rettung, kritisch mit uns selbst ins Gericht gehen. Warum kam es nicht zu der notwendigen Transformation hin

zu mehr Gleichheit und zu einer naturverträglichen Ökonomie? Weshalb haben wir versagt?

Hier ist meine Antwort in fünf Thesen.

1. Wir haben die Machtfragen nicht verstanden und deshalb nicht strategisch gehandelt.

Wir müssen die Macht übernehmen. Diese Haltung, diesen Anspruch haben wir nie ernst genommen. Statt wie Revolutionäre zu handeln, haben wir gespielt. Wir waren gefangen im Modus individueller Moral, statt die geschichtliche Verantwortung anzunehmen.

Dieses Versagen ist nicht zu entschuldigen, aber zu erklären. In früheren Jahrhunderten gab es eine Bewegung der Besitzbürger, die dem Abstammungsprinzip des Feudalismus das Prinzip individueller unveräußerlicher Rechte entgegenhielt. Der Rechtsstaat wurde geboren. Später gab es eine Arbeiterbewegung, die das Recht auf Vereinigung, auf kollektive und soziale Rechte, erkämpfte. Der Sozialstaat entstand.

Beide – die Bourgeoisie und die Arbeiterklasse – mussten, um ihre ökonomische Lage zu befördern, politisch werden und die Macht erobern, zumindest mitgestalten.

Die „Neuen Sozialen Bewegungen“, die nach 1968 zu entstehen begannen, haben die Staatsmacht gemieden. Sie wollten die Themen erobern, nicht die Chefsessel. Auch diese, unsere Bewegungen waren in mancher Hinsicht erfolgreich: Frauenrechte, Umweltgesetze, Minderheitenschutz. Aber die Beschränkung auf einzelne Themen und auf den außerparlamentarischen Raum haben wir nie überwunden. So konnten wir die wirklichen Machtfragen nie stellen.

Die Weitsichtigen haben das früh erkannt. „No is not enough“ hieß das 2017-Buch von Naomi Klein. Ihre damalige These: Gerechtigkeit, Ökologie, Frieden, Gemeinwirtschaft, Bürgerdemokratie und Diversität können sich gegenseitig verstärken und zum echten Machtfaktor werden, wenn wir unsere angestammten Silos verlassen. Nach dem Motto: Alle stärken ihre jeweiligen Anliegen, wenn sie sich um die fundamentalen Überlebensinteressen gruppieren und eine gemeinsame Vision entwerfen.

Dazu kam es nicht. Wir hatten eine wunderbare Pluralität, aber kein gemeinsames Handeln. Wir hatten tausend getrennte NEIN, aber kein gemeinsames JA. Wir hatten das wohlige Gefühl, auf der richtigen Seite zu sein, aber wir haben der falschen Seite die Macht gelassen.

Vor 30 Jahren war die politische Lage schon ziemlich verhängnisvoll. In vielen Ländern nur noch Neoliberal versus Rechtsnational: Clinton gegen Trump, Macron versus LePen, Kurz gegen Strache, Cinque Stelle gegen Forza Italia.

Schon damals hätten wir dringend und möglichst weltweit einen dritten Pol aufbauen müssen. Nur einmal ist das gelungen: Corbyns Erdrutschsieg 2021 in Großbritannien.

Dieser Sieg zeigte: Das progressive Potenzial ist viel stärker als gedacht, mobilisierbar und organisierbar. Die Macht der "Etablierten" in Wirtschaft, Parteien und Medien ist zu überwinden. Aktivierung ist möglich, wenn die reale Chance echter Veränderung zum Besseren besteht. Wichtig war die Kombination Partei und Bewegung. Neue Ideen fanden Resonanz, weil sie auf "geerdete" Art und Weise radikal waren.

Dieser Sieg hätte ein Fanal werden können. Aber statt den Sieg zu stabilisieren und auszuweiten, nörgelte die progressive Welt und ließ Labour im britischen Regen stehen.

2. Wir hatten keine klare Sicht auf die Ökonomie und keine Kenntnis der großen wirtschaftspolitischen Hebel.

Weil Macht eine uns ferne Kategorie geblieben ist, haben wir die großen Hebel der Wirtschafts- und Finanzpolitik weder geprüft noch ergriffen.

Wir haben von solidarischer Ökonomie geredet und Leitlinien einer Postwachstumsökonomie ausgemalt. Dabei waren unsere ökologischen Anliegen allesamt gut und richtig: autofreie Innenstädte, dezentrale und saubere Energie, regionale Agrarkreisläufe, klimaneutrale Kommunen. Auch unsere sozialen Begehren waren sinnvoll: existenzielle Not abschaffen, Ungleichheit drastisch reduzieren, den Basisbedarf verlässlich regeln.

Aber unsere schönen Erzählungen endeten in trauriger Regelmäßigkeit mit moralischen Appellen, mit Aufrufen zur Mäßigung, mit Ratgebern für das alltägliche Verhalten, manchmal auch mit Techniqueuphorie. Wie aber das Räderwerk der Unternehmen, der Märkte und der Investments zu steuern und zu ändern ist, das blieb fast immer ungenannt. So wurden unsere netten linken und grünen Szenarien zwangsläufig zu grauen Mäusen.

Wer die großen ökonomischen Hebel der Gegenseite überlässt, ist immer wieder erpressbar. Hohe Zinsen, Kapitalabwanderung, Verlegung von Betrieben, Einschüchterung, Angst um den Job – das sind die bekannten Waffen. Unsere Bemühungen wurden gnadenlos torpediert. Das ist die bittere Erfahrung der vergangenen 30 Jahre.

Deshalb war es ein unverzeihlicher Fehler, dass wir uns um die entscheidenden Größen der Volkswirtschaft nicht gekümmert haben. Makroökonomie ist für allzu viele ein Fremdwort geblieben.

Wie kann sich eine echte links-grüne Regierung verteidigen, wenn die Zentralbank die Zinsen in die Höhe schraubt? Wie schützen wir unsere Anhänger, wenn die Unternehmer mit massenhafter Abwanderung drohen und mit dieser Drohung die Löhne senken? Solche Fragen haben wir noch nicht einmal gestellt.

Schon in Griechenland war 2015 und danach zu sehen, was passiert, wenn man keinerlei Souveränität über die entscheidenden Größen der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat. Und auch Labour ist daran zerbrochen. Wir hätten von vornherein klar machen müssen, dass wir die strategischen Hebel übernehmen und nutzen werden.

Wegen unserer ökonomischen Naivität sind wir erst gar nicht in die Nähe wirklicher Macht gekommen. Unsere Gegner konnten immer wieder genüsslich argumentieren, dass wir vor lauter Moralität die Härte der ökonomischen Restriktionen nicht verstehen und nicht beachten.

Deshalb wurde das Scheitern des Euro, der nach allerlei Rettungsversuchen 2028 zerbrach, kein Fenster der Gelegenheit. Im Gegenteil: Das Scheitern des Euro wurde von den Konservativen genüsslich instrumentalisiert. Bitte ab jetzt keine Experimente mehr. Schluss damit. Wir standen da wie ökonomische Analphabeten.

Dass wir so naiv waren, hat auch damit zu tun, dass wir in die Falle einer falschen Internationalität gelaufen sind. „No Border, No Nation“ haben wir skandiert. Der normative Maßstab – gleiches Recht für alle Menschen auf der Erde – war und ist natürlich eine Errungenschaft. Aber wir haben so getan, als könne die Welt im globalen Gleichschritt humaner, sozialer und ökologischer werden.

Das ist völliger Quatsch, wie wir heute wissen. Wir hätten viel früher begreifen müssen, dass eine fortschrittliche Regierung die Machtmittel des Nationalstaates voll nutzen muss. „No Border, No Nation“ heißt aber letztlich „No State“. So kam es in unseren Reihen zu einem fast schon anarchistischen Argwohn gegenüber dem Staat. Kampflös haben wir die stärksten Werkzeuge der Macht unseren Gegnern überlassen.

3. Wir hatten keine klaren Ziele und keine realistische Vision.

Vor 30 Jahren war die Welt veränderungsreif. Unternehmen starteten geist- und verantwortungslos auf aktuelle Marktpreise und Quartalsprofite. Politik war zum bloßen Reagieren gemäß Nachrichtenstand und Kassenlage verkommen. Schon damals gab es massenhaft die Ahnung, dass Vieles in Wirtschaft und Politik grundsätzlich falsch läuft.

Stark war das Verlangen nach mehr Gleichheit und Gemeinschaftlichkeit. An tausenden Kneipentischen und in hunderten Konferenzen wurde über große Veränderungen nachgedacht, die doch eigentlich notwendig seien. Die Zahl der Menschen, die sich für diesen oder jenen guten Zweck engagierten, war nicht klein.

Aber es herrschte auch reichlich Verwirrung. Sind die harten Strukturen der Macht und des Eigentums überhaupt veränderbar? Müssen wir uns nicht auf die gravierenden Mängel konzentrieren, die wir mit Kampagnen und breiten Bündnissen beheben können?

Einen Ausweg aus diesem Dilemma hätte es nur gegeben, wenn die Umweltbewegten und die Gerechtigkeitskämpferinnen eingesehen hätten: Sattes Grün verlangt kräftiges Rot, also Gleichheit, Kooperation, Vorausschau und Planung. Und selbstverständlich gilt auch umgekehrt: Leuchtendes Rot fordert konsequentes Grün. Jegliche Vorstellung von einem demokratischen Sozialismus macht nur noch Sinn, wenn sie die ökologischen Grenzen voll und ganz beachtet.

Zu dieser Doppelstrategie ist es nicht gekommen. Sie klang in den Ohren der technikeuphorischen Grünen und der traditionell konfigurierten Linken wie fauler Zauber.

Daneben gab es noch die Wachstumskritiker. Wie aber wird eine Postwachstumsökonomie denkbar und machbar? Die Macht, sich vom Konsumballast zu befreien, haben die Einkommensprivilegierten, eher auch die Gebildeten und Ungebundenen. Sie haben das Eintrittsticket zum Club der Weltenretter schnell bei der Hand. Nicht-Shoppen, Nicht-Fliegen, Bio-Essen – all das kann locker in den Alltag einziehen und anschließend das Prestige in der jeweiligen Community heben.

Was aber machen Alleinerziehende, Arbeitslose, Niedrigverdienerinnen, Schmalspurrentner und Durchschnittsfamilien in den teuren Metropolen? Miete, Strom, Heizung, Fahrten zur Arbeit und der Bedarf an Kleidung und allerlei Gerät sind nur in engen Grenzen zu beeinflussen.

Vom Lohnwachstum waren schon damals Millionen Menschen in Deutschland und Europa abgekoppelt. Sie empfanden ein finanzielles Weniger nicht als qualitatives Mehr, sondern als echte Bedrängnis.

Wie sollte die untere Hälfte der Gesellschaft den Sinn der Wachstumskritik entdecken, wenn „Befreiung vom Überfluss“ wie die Selbsterkenntnis verwöhnter Milieus klingt?

Die Alternative zum Konservatismus der Linken, zur Borniertheit der Grünen und zur Praxisferne der Wachstumskritiker wäre ein gemeinsames Programm der fortschrittlichen Zivilgesellschaft gewesen. Stellen wir uns vor, alle maßgeblichen Organisationen – die großen und die kleinen – hätten sich in

Deutschland oder in einem anderen reichen Land auf ein ambitioniertes und gleichzeitig mehrheitsfähiges Erneuerungsprogramm geeinigt.

In Kanada ist genau das tatsächlich passiert. Titel: „The Leap – caring for the earth and one another“. Diese Vision ist leider eine Episode geblieben. Das alternative Kanada war zu schwach. Aber wir in good old Germany mit unserer viel stärkeren Zivilgesellschaft hätten vielleicht eine gemeinsame Vision und eine Bewegung der Bewegungen formen können, die auch fähig gewesen wäre, nach der Macht zu greifen.

Schon vor 50 Jahren hatte der Kampf um die „Basics“ (also Nahrung, Wasser, Energie, Wohnen, Kultur) in emanzipatorischer und ökologischer Absicht begonnen. Neue Projekte gab es weltweit. Die Menschen nahmen aus Not oder aus freiem Willen Fundamentales in die eigene oder in die kommunale Hand. Inseln einer neuen Gemeinwirtschaft entstanden. Direkte Demokratie war sehr populär. Das Land sollte nach innen sozialer und nach außen friedlicher werden.

Viele Zeichen standen auf Aneignung der Politik und der Wirtschaft von unten. Wir haben es verpennt, aus den vorhandenen Ansätzen, aus dem breit vorhandenen Willen zur Veränderung eine kollektive, auch politisch relevante Kraft zu bilden.

4. Wir haben es versäumt, neue und schlagkräftige Organisationen aufzubauen.

Wir sind den Machtfragen ferngeblieben, haben die Kernfragen der Ökonomie nicht beantwortet und kein realistisches Programm entworfen. Deshalb ist nie das Bedürfnis nach schlagkräftigen Organisationen entstanden. Und deshalb sind all die Schwächen der NGO-Szene geblieben: die zur Schau getragene Unangepasstheit, die unreflektierte Renitenz, die rebellische Pose, die moralgetränkte Überheblichkeit.

Eine neue Organisation, die das Beste aus Bewegungen und Parteien in sich vereint, die einen gemeinsamem Kern hat und zu solidarischer Debatte der strittigen Themen fähig ist, die zu Wahlen antritt und Wahlen gewinnt – das wär's gewesen. Eine Organisation,

- die für fähige Menschen attraktiv ist und Nervensägen fernhält,
- die Hunderttausende Mitglieder hat, die mitten im Leben stehen,
- die überall im Lande in Zellen und Clubs verankert ist,
- die innerhalb von zwei Wochen eine Demo mit 100.000 Leuten auf die Beine stellt,
- die aktive Kaderbildung betreibt und den Kreis jener Aktivistinnen und Aktivisten vergrößert, die das „magische Pentagon“ beherrschen: missionarischer Ehrgeiz, kommunikative Kraft, lokale Akzeptanz, organisatorisches Talent und technische Expertise.

Weil diese Organisation nicht entstand, sind auch die Parteien in ihrem Schlamassel hängen geblieben. Linke und grüne Parteien haben brav im parlamentarischen Getriebe mitgespielt. Sie waren schon damals geistig leer und moralisch hohl. Zu groß war die korrumpierende Kraft der kleinen Privilegien. Zu stark war der Sog formalisierter Verfahren, die den Gedanken an Veränderungen jenseits des kleinkarierten Antragswesens schon im Keim erstickten.

5. Aufgrund eigener Versäumnisse waren wir nie auf der Höhe der Zeit. Uns fehlte die revolutionäre Konsequenz. So konnten wir nie die nötige Zuversicht verbreiten.

Wir haben tausende Projekte verwirklicht, aber nie die Machtfrage gestellt. Wir sind den harten ökonomischen Fragen stets ausgewichen. Wir waren moralisch, aber nicht schlüssig.

Wir waren immer lieb, aber selten strategisch. Wir haben alles irgendwie thematisiert, aber die „Normalos“ vergessen. Wir haben unsere Internationalität nicht geerdet. Wir haben an die Herrschenden appelliert statt sie selbstsicher anzugreifen.
Wir waren sympathische, aber letztendlich traurige Gestalten.